



Presseschau vom 14.05.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Neue Details über die Ermordung Soleimanis bei US-Militäreinsatz im Irak**
Drei Teams der US-Spezialeinheit Delta Force warteten im vergangenen Januar an versteckten Orten nahe dem Flughafen Bagdad auf ihr Ziel: Irans mächtigsten Militärbefehlshaber. Über ihnen flogen zugleich drei teils mit AGM-114-Hellfire-Raketen bewaffnete Drohnen. ...
<https://kurz.rt.com/2ihd>

Susan Bonath: Gehirnwäsche, Zuckerbrot und Peitsche: Berliner Forscher empfehlen Strategien gegen Impfunwillige

Finanziert von Steuermitteln, haben Soziologen der Humboldt-Universität zu Berlin Methoden erforscht, um Zweifelnde zur COVID-19-Impfung zu bewegen. Sie plädieren für kleine Geldgeschenke für die Spritze, Einbindung von Hausärzten – und den Entzug von Grundrechten. ...

<https://kurz.rt.com/2imj>

de.rt.com: Grenze des Sagbaren überschritten? Deutsche Welle entschuldigt sich für Interview über Gazakonflikt

Der deutsche Auslandssender DW strahlt zunächst ein Interview mit einem palästinenschen Aktivistin zur jüngsten Eskalation in Nahost aus. Kurz darauf entschuldigt man sich aber und entfernt die Aufzeichnung wegen angeblich antisemitischer Aussagen. Der Gast will nun juristische Schritte wegen Verleumdung und Rufschädigung prüfen. ...

<https://kurz.rt.com/2ine>

Andrej Iwanowski: „Covidiot“, „Impfneid“, „Spuckschutz“ – Eintagsfliegen oder Spuren in der Sprache?

Zehntausende Tote, finanzielle und wirtschaftliche Verluste, die auf zwölfstellige Summen geschätzt werden, zerstörte Existenzen, deren genauer Umfang erst erfasst werden soll – die Folgen der Pandemie sind verheerend. In einem Bereich hat sich der deutschsprachige Raum in der Zeit jedoch in beachtlicher Weise erweitert. ...

<https://snanews.de/20210514/pandemie-spuren-deutsche-sprache-2094284.html>

Jürgen Cain Külbel: Investigative Kakophonie: Bellingcat und die tschechisch-bulgarischen Munitionslager (Teil 2)

Die jüngsten "Enthüllungen" der britischen "Investigativplattform" Bellingcat über angebliche Attentate des russischen Geheimdienstes in Tschechien und Bulgarien beweisen die limitierten Fähigkeiten der Hobby-Ermittler und entlarven ihre neokonservativen Drahtzieher. Eine Untersuchung. ...

<https://kurz.rt.com/2iog>

abends/nachts:

snanews.de: **Biden: Russische Behörden am Cyberangriff auf US-Pipeline wohl nicht beteiligt**

Nach Ansicht des US-Präsidenten Joe Biden sind die russischen Behörden an dem Cyberangriff auf Colonial Pipeline, den größten Pipelinebetreiber in den USA, nicht beteiligt. Die Hacker könnten sich allerdings in Russland befinden.

„Wir glauben nicht, dass die russische Regierung an dem Angriff beteiligt war, aber wir haben gute Gründe zu der Annahme, dass die Kriminellen, die den Angriff durchgeführt haben, in Russland leben. Es kam von dort, aus Russland. Wir stehen in direkter Kommunikation mit Moskau, um entscheidende Maßnahmen gegen Ransomware-Netzwerke zu ergreifen. Wir werden auch Maßnahmen verfolgen, um ihre Handlungsfähigkeit zu unterbinden“, sagte Biden am Donnerstag im Weißen Haus.

Auf die Frage, ob er zuversichtlich sei, dass der russische Präsident Wladimir Putin nicht beteiligt sei, antwortete Biden: „Ich bin zuversichtlich, dass ich den Bericht des FBI genau gelesen habe. Und sie sagen, sie waren es nicht, er war es nicht, die Regierung war es nicht.“ Inzwischen ist die Pipeline wieder in Betrieb. Die Erdölleitung von Colonial Pipeline ist in der Nacht auf Donnerstag nach Unternehmensangaben erfolgreich in Betrieb genommen worden. „Das heißt, zum Ende der Woche nehmen die Dinge wieder ihren gewöhnlichen Lauf. Werden euch auf dem Laufenden halten“, kommentiert Energieministerin Granholm in einem Tweet. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/13/1768842_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_53c0dc572c260f2f4a8121fd92f8256d.jpg

snaneews.de: **Pentagon fliegt 120 Mitarbeiter aus Israel aus – Medien**

Das Pentagon hat laut einem Medienbericht von Donnerstag etwa 120 seiner Mitarbeiter aus Israel ausgeflogen.

„Ungefähr 120 Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sind heute mit einem Flugzeug vom Typ C17, welches auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein stationiert ist, von Israel nach Deutschland gekommen. Wir haben diese Entscheidung in Abstimmung mit Israel getroffen“, sagte Charles Prichard, der Sprecher des US European Command (EUCOM), gegenüber russischen Medien.

Es handle sich um die Mitarbeiter „aus dem gesamten Verteidigungsministerium“, die sich im Rahmen einer bilateralen „Routineplanungsübung“ in Israel befunden hätten, hieß es. Die Veranstaltung selbst hätte diese Woche enden sollen.

„Die meisten Menschen kamen in einem Zivilflugzeug an, was für solche Ereignisse normal ist, und jetzt, in Deutschland angekommen, planen sie ihre Rückkehr zu ihren ständigen Standorten“, sagte Prichard.

Seit Montagabend beschießen militante Palästinenser Israel massiv mit Raketen. Nach jüngsten Erkenntnissen kamen bislang sechs israelische Zivilisten und ein Militär ums Leben. Die israelische Armee antwortete mit Attacken auf Ziele der Hamas im Gazastreifen. Bei Raketen- und Bombenangriffen wurden einige ranghohe Feldkommandeure der Hamas und des Islamischen Dschihad getötet. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums Palästinas gab es in Gaza bislang 87 Todesopfer.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/07/1176710_0:0:2975:1674_1280x0_80_0_0_85681d36a

[86d7e046b7301d23d710619.jpg](#)

de.rt.com: **Russland weist Aussagen der EU über Eingliederung des Donbass zurück**

Die Europäische Union hat erklärt, dass die Russische Föderation de facto die Eingliederung des Donbass vorbereite. Der Kreml weist dies entschieden zurück – zum wiederholten Mal.

Schon früher haben Russlands Vertreter erläutert, warum dies nicht möglich ist.

Russland dementiert, die ostukrainische Region Donbass eingliedern zu wollen. "Russland hat nicht geplant und plant nicht, jemanden aufzunehmen, hat dies nie getan", sagte der

Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow am Donnerstag. Damit

kommentierte er die Aussagen der EU, dass Russland angeblich beabsichtige, die selbstausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

Dennoch nehme Russland eine konsequente und verantwortungsvolle Position ein, um die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung in diesem Gebiet zu schützen, so Peskow.

Laut EU versucht Russland schrittweise, Teile der Ostukraine einzugliedern. Das geht zumindest aus einem Bloomberg-Bericht hervor, der sich auf ein ihm vorliegendes EU-Dokument beruft. Dieses soll auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 24. und 25. Mai vorgestellt werden.

Eine vermeintliche Vorbereitung illegaler Wahlen und die Herausgabe von Pässen an die Einwohner ziele auf eine Integration der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten

Gebiete auf dem russischen Territorium ab, hieß es. In den Materialien wird auch darauf hingewiesen, dass die Gewährung einer Autonomie für den Donbass möglicherweise den Beitritt der Ukraine zur NATO und EU blockieren könnte.

Überdies enthält das Papier eine Liste möglicher Maßnahmen der EU, um die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegenüber "Aktionen aus Russland" zu erhöhen.

Insbesondere eine verstärkte Unterstützung bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen, einschließlich der Bekämpfung von Cyber-Angriffen und Desinformationen, die

Unterstützung der Ukraine bei der Umsetzung eines Impfprogramms gegen das Coronavirus und eine Stärkung der Energiesicherheit des Landes zur Verringerung der Abhängigkeit von

der Russischen Föderation, werden genannt. Darüber hinaus geht es um verstärkte Maßnahmen, um die Anerkennung russischer Pässe für die Einwohner der Krim und der Regionen im Donbass zu verhindern.

In der russischen Gesellschaft gibt es in der Tat Stimmen, die an die Regierung appellieren, die selbstausgerufenen Donbass-Republiken Donezk und Lugansk (VRD und VRL) anzuerkennen oder gar in das Staatsgebiet aufzunehmen. Er werden vor allem humanitäre Gründe genannt, denn das Gebiet mit drei bis vier Millionen Einwohnern leide nicht nur unter militärischer Bedrohung, sondern auch unter Sanktionen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieregion blockiere.

Lawrow: Minsker Abkommen sind bindend

In einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur RIA Nowosti Ende April erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow die Gründe, warum Russland die Donbass-Republiken nicht anerkenne. Ihm zufolge seien vor allem die Minsker Abkommen der Grund.

Sie kamen nach einer 17-stündigen Verhandlung im Rahmen eines Normandie-Gipfels (Teilnehmerstaaten waren Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland – Anm. der Red.) in Minsk zustande und sind zwei Tage später in einem UNO-Beschluss besiegelt worden.

Die Verankerung im Völkerrecht sei der grundlegende Unterschied zu der Situation im August 2008, als Russland Südossetien und Abchasien infolge eines Angriffs auf die abtrünnige

Region Südossetien anerkannte. Die Ukraine ignoriere aber die Minsker Abkommen, indem sie erklärt, dass man diese umschreiben müsse und sie nur zum Zweck der Beibehaltung der

anti-russischen Sanktionen gut seien, kritisierte Lawrow und fügte hinzu, dass dies mit Unterstützung des Westens geschehe.

Der russische Außenminister bezog schon früher Stellung zu dieser Frage. So erläuterte er im

Dezember 2018 auf die Frage eines Journalisten, dass die Anerkennung der Donbass-Republiken nicht im Interesse Russlands sei. Er sagte, dass die Probleme der Ukraine weit über die Probleme der Donbass-Republiken reichten. Lawrow wies darauf hin, dass das Kiewer Regime die Merkmale eines nazistischen Regimes habe. "Was passiert, wenn wir die Donbass-Republiken anerkennen? Wollen Sie, dass wir die Rest-Ukraine verlieren und sie den Nazis überlassen?" fragte er.

Der Chef des Außenamtes betonte den völkerrechtswidrigen Charakter des Staatsteiches in Kiew im Jahr 2014 und sagte, dass Russland Beziehungen zum ukrainischen Staat habe. Diesen dürfe man aber nicht mit dem derzeitigen "neonazistischen" Regime in Kiew gleichsetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609d8454b480cc726d143127.jpg>

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Mai 2021 wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.) Beschossen wurden **Molodjoshnoje, Kalinowo-Borschtschewatoje, Kalinowo und Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern und Schusswaffen. Insgesamt wurden **52 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **US-General McKenzie: Iran will US-Soldaten gewaltsam aus Irak vertreiben**

Der oberste US-Kommandant im Nahen Osten hat behauptet, Iran setze seine Versuche fort, die US-Truppen aus dem Irak gewaltsam auszuweisen, indem er Angriffe durch seine Stellvertreter und Milizen gegen US-Einrichtungen durchführe.

Iran ist nach wie vor die "größte Bedrohung" für die Stabilität in der Region, behauptete der oberste US-Kommandant im Nahen Osten General Kenneth "Frank" McKenzie am Dienstag. "Sie (die Iraner) verfolgen immer noch eine Vielzahl bössartiger Aktivitäten, sowohl direkt als auch durch deren Stellvertreter, die nicht nur uns, sondern auch unsere Freunde und Partner in der gesamten Region bedrohen", sagte General McKenzie gegenüber dem saudischen Nachrichtensender Al-Arabiya während eines Fernsehinterviews.

"Trotz der anhaltenden bössartigen Aktivitäten Irans und seiner Stellvertreter" im Nahen Osten suche Washington keinen Krieg mit Iran, betonte McKenzie. "Wir möchten, dass sie (die Iraner) tatsächlich verantwortungsbewusst zur Familie der Nationen zurückkehren", sagte der

US-General, während er die aktuellen Atomgespräche in Wien zwischen US-amerikanischen und iranischen Diplomaten über europäische, russische und chinesische Unterhändler erwähnte.

Die neuen Gespräche zwischen den beiden zerstrittenen Staaten finden im Rahmen der Wiener Verhandlungen statt. Deren Ziel ist es, Washington und Teheran wieder in Übereinstimmung mit dem Iran-Atomabkommen von 2015 zu bringen. McKenzie warnte jedoch: "Während unsere Diplomaten ihre Arbeit (in Wien) machen, ist es nicht im Interesse Irans, dies durch irgendeine Art militärisches Abenteuer zu gefährden."

Die von den Iranern unterstützten Milizen zielten weiterhin darauf ab, die Stützpunkte im Irak, in denen US-Streitkräfte und Auftragnehmer stationiert sind, anzugreifen, sagte der US-General gegenüber Al-Arabiya. Die US-Truppen seien auf Einladung der Regierung in Bagdad im Irak, um zur Bekämpfung des IS beizutragen, sagte McKenzie, ohne dabei zu erwähnen, dass das Parlament des Irak nach der Ermordung des iranischen Generals Soleimani auf irakischem Boden den Abzug der US-Truppen aus dem Land gefordert hatte. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte seinerzeit für eine Resolution, die das Ende der ausländischen Militärpräsenz im Irak verlangt.

McKenzie behauptete, Iran habe versucht und setze seine Versuche fort, US-Truppen aus dem Irak gewaltsam auszuweisen, indem er Angriffe durch seine Stellvertreter und Milizen gegen US-Einrichtungen durchführe.

In Bezug auf das Friedensabkommen, das letztes Jahr zwischen den USA unter der Trump-Regierung und den Taliban vereinbart worden war, sagte McKenzie, die Taliban hätten nicht "in gutem Glauben" verhandelt. Sobald die US-Truppen vollständig aus dem Land abziehen, würden die afghanische Regierung und ihre Sicherheitskräfte für den möglichen Protest gegen die US-Botschaft verantwortlich sein, betonte US-General.

Mit einer geschätzten Truppenzahl von weniger als 1.000 in Syrien behauptete McKenzie, das Ziel der US-Präsenz in Syrien sei es, "IS-Militanten zu bekämpfen und "mit unseren Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF)" im Euphrat-Tal "auf und ab" zusammenzuarbeiten. Die Plünderung der syrischen Ölreserven durch die USA wurde bereits Ende Juli 2020 bekannt. In seiner Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats am 30. Juli bestätigte der damalige US-Außenminister Mike Pompeo erstmals, dass eine US-amerikanische Ölgesellschaft ihre Arbeit im Nordosten Syriens in dem Gebiet aufnehmen werde, das von Kämpfern der kurdisch dominierten syrischen Demokratischen Kräfte kontrolliert wird, die mit den USA verbündet sind.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.05/article/609d027948fbef5d34669f82.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. Mai 3:00 Uhr bis 14. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Wasiljewka, Wesjoloje, Dsershinskoje.**

Um 10:55 Uhr wurde im Gebiet von Stargnatowka eine Detonation festgestellt.

Außerdem wurde infolge des abendlichen Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk der Treffer eines Geschosses auf eine Gartenparzelle in der Rationalisatoren-Straße 5 festgestellt.

Außerdem wurden folgende Schäden festgestellt:

- Ingulezkaja-Straße 7/1 (Dach);
- Ingulezkaja-Straße 10/1 (Dach der Sommerküche);
- Polbin-Straße 11/1 (Dach).

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Ziviobevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 22.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Israel dementiert Bodeneinsatz im Gazastreifen, doch Einmarsch möglich – Armeesprecher**

Israels Armee hat in der Nacht Ziele im Gazastreifen aus der Luft angegriffen. Derzeit sind auf palästinensischem Gebiet aber keine israelischen Bodentruppen. Wie Armeesprecher Jonathan Conricus am Freitagmorgen mitteilte, gibt es einen Befehl, bereit zum Einmarsch zu sein. Sollte es soweit kommen, wird Israel darüber nicht im Voraus informieren.

In der Nacht gab es Medienberichte, wonach Bodentruppen in den Gazastreifen vorgedrungen seien. Der Armeesprecher entschuldigte sich für die Fehlkommunikation und übernahm die Verantwortung für das Missverständnis. Kein israelischer Soldat habe den Gazastreifen betreten.

Israels Armee hat in der Nacht nach eigenen Angaben unter Beteiligung von 160 „Luftfahrzeugen“ ein Tunnelsystem der islamistischen Hamas im Gazastreifen beschossen. An dem etwa 40 Minuten dauernden Einsatz seien auch Panzer beteiligt gewesen, so der Sprecher. Bei dem Tunnelsystem in dem Küstengebiet, das „Metro“ genannt wird, handle es sich um eine Art „Stadt unter der Stadt“. Die Hamas habe Jahre in den Bau des Tunnelsystems investiert. Der Grad der Zerstörung sei noch unklar. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/0e/2088381_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_098336cb2e4777464c9aaa5184b91e95.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Mai um 9:00 Uhr 4430 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3921 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 419 Todesfälle.

deu.belta.by: **Abgeordnetenstatus, Treue gegenüber dem Volk, Einkammerparlament: Worüber berät Verfassungsausschuss?**

Der Verfassungsausschuss ist heute zu seiner vierten Sitzung zusammengekommen. Er prüft die eingegangenen Vorschläge zur Änderung der Verfassung sowie Funktionen und Befugnissen des Parlaments.

Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung standen unter anderem der Status der Parlamentsabgeordneten und die Vorschläge zur Gründung des Einkammerparlaments. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses und Leiter des Verfassungsgerichts Pjotr Miklaschewitsch sagte in der heutigen Sitzung, dass es nach dem Prinzip der Gewaltenteilung den Abgeordneten verfassungsrechtlich verboten werden soll, das Amt eines Parlamentariers und eines Regierungsmitglieds gleichzeitig auszuüben.

Außerdem wird vorgeschlagen, dass die Abgeordneten des Parlaments Treue gegenüber dem belarussischen Volk schwören sollen. Diese Bestimmung soll in der neuen Fassung des Grundgesetzes festgelegt werden. Dort sollte auch der Eidtext angeführt werden. „Die Parlamentarier besitzen einen sehr hohen Status. Die Treue gegenüber dem Volk ist eine bewährte Praxis in vielen Auslandsparlamenten“, so Miklaschewitsch.

Den Vorschlag zur Einrichtung eines Einkammerparlaments wurde vom Verfassungsausschuss abgelehnt.

„In der Tat gab es viele Vorschläge, aus zwei Kammern eine zu machen, also ein Einkammerparlament. Die Anzahl der Abgeordneten sollte auf 150, 180, 260 und so weiter erhöht werden. In unserem Land haben sich mit der Zeit jedoch bestimmte Traditionen entwickelt, es haben sich Mechanismen etabliert, die sich auf das Zusammenwirken von Behörden beziehen, nicht zuletzt die Arbeit des Zwei-Kammer-Parlaments. Deshalb schlagen wir vor, diese positive Erfahrung, die bereits erprobt wurde, fortzusetzen“, sagte der Abgeordnete Waleri Mizkewitsch.

Die erste Sitzung des Verfassungsausschusses fand am 31. März statt. Die Treffen finden zweimal im Monat statt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1620984389_57265_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 13. Mai wurden in der DVR 723 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt davon waren 259 positiv, bei 153 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 14. Mai um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 35.176 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4325 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 28.236 als gesund entlassen, es gibt 2615 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 134 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 48 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 98 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1753 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 707 mit Sauerstoffunterstützung (+41 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden durch 92 Express-Tests 23 Patienten entdeckt, die bereits zuvor eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1580 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: „Defender Europe 21“: Hunderte US-Soldaten in Bosnien und Herzegowina eingetroffen

Mehr als 300 US-Militärs der Nationalgarde von Alabama und Florida, die an der Nato-Übung „Defender Europe 21“ teilnehmen werden, sind am Freitag in Bosnien und Herzegowina angekommen. Wie das Verteidigungsministerium des Balkanstaates mitteilte, wurden die Soldaten feierlich mit Ehrengarde begrüßt.

Bosnien und Herzegowina ist kein Nato-Mitglied, aber Teil des Programms „Partnerschaft für den Frieden“. Der Verteidigungsminister des Landes, Sifet Podzic, teilte den lokalen Medien im Mai mit, dass Sarajevo „auf der letzten Stufe vor der Mitgliedschaft“ in der Allianz stehe. Der Slogan „Vereinigt auf dem Weg zur Nato“ steht auf der Hauptseite der Website des Verteidigungsministeriums.

Zuvor am Freitag hatte das Europäische Kommando der US-Streitkräfte (EUCOM) offiziell die Ankunft von über 300 US-Soldaten zum Training „Immediate Response 21“ („Sofortige Reaktion 21“) in Bosnien und Herzegowina angekündigt.

In dieser Phase wird das Manöver laut der offiziellen Website von EUCOM in zwölf Ländern an 31 Standorten durchgeführt. „Defender Europe 21“ startete am 4. Mai in der westlichen Balkanregion im albanischen Hafen von Durrës in Anwesenheit der Staatsführung und mehrerer amerikanischer Generäle.

Nach dem Plan werden von Mai bis Juni mehr als 28.000 Soldaten aus Nato- und Partnerländern gemeinsam trainieren. Bei diesem Manöver – es ist das größte Nato-Manöver seit Ende des Kalten Krieges – werden defensive und offensive Aktionen in Osteuropa und den baltischen Staaten geübt. Im Unterschied zu den Vorjahren wird im Jahr 2021 nicht Ost-, sondern Südosteuropa besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Manöver sind in Montenegro, im Kosovo und in Albanien unter Beteiligung des örtlichen Militärpersonals geplant.

Luftverteidigungsübungen werden in Bulgarien und Rumänien abgehalten, Ungarn wird als Etappe dienen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/05/796527_0:139:3145:1908_1280x0_80_0_0_f02a87ee22008596e4df1b61d1f4df17.jpg

de.rt.com: **Nach erneuten Truppenbewegungen Aserbaidischans: Putin spricht mit Paschinjan über Bergkarabach**

Wladimir Putin und Nikol Paschinjan haben telefonisch über die Situation in Bergkarabach diskutiert. Putin betonte die Wichtigkeit einer Aufrechterhaltung des Waffenstillstands. Am Donnerstag versuchte Aserbaidischan, Truppen in die Region Sjunik zu verlegen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Telefonat mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Armeniens Nikol Paschinjan über die Situation in Bergkarabach gesprochen. Dies berichtet die offizielle Webseite des Kremls.

Während des Gesprächs, das am Abend des 13. Mai auf Initiative der armenischen Seite stattfand, tauschten sich Paschinjan und Putin über die aktuelle Situation an der armenisch-aserbaidischanschen Grenze aus und machten auf den jüngsten Vorfall aufmerksam. Der russische Staatschef betonte, wie wichtig es sei, alle Übereinkünfte zwischen den Vertretern Russlands, Aserbaidischans und Armeniens vom 9. November 2020 und 11. Januar 2021 strikt einzuhalten. Gleichzeitig betonte er, dass zunächst die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandsregimes Priorität habe.

Außerdem bekräftigte der russische Präsident seine Absicht, die aktiven Vermittlungsbemühungen Moskaus fortzusetzen und die Beziehungen zu Jerewan und Baku aufrechtzuerhalten, um die Stabilität in der Region zu gewährleisten. Paschinjan wiederum bedankte sich und erklärte, wie wichtig es sei, einen konstruktiven Dialog fortzuführen, damit alle Konfliktsituationen stets mit friedlichen, politischen und diplomatischen Mitteln gelöst werden.

Am 13. Mai verzeichnete das armenische Verteidigungsministerium einen erneuten Versuch des aserbaidischanschen Militärs, unter dem Vorwand der "Klärung der Grenzen" in das Gebiet der Region Sjunik eindringen zu wollen, hieß es dazu aus Jerewan. Diese Aktionen wurden als Provokation gegen das armenische Hoheitsgebiet angesehen und sofort

unterbunden, teilte das Ministerium mit.

Der französische Präsident Emmanuel Macron äußerte sich besorgt über die Aktionen des aserbaidischen Militärs. Er forderte den sofortigen Rückzug der aserbaidischen Streitkräfte und bot der armenischen Bevölkerung seine Unterstützung an.

Im Jahr 1991 hatte Bergkarabach, das hauptsächlich von Armeniern bewohnt war, die Unabhängigkeit von Aserbaidschan proklamiert, zu dem es während der Sowjetzeit gehörte. Dies führte zu einem Krieg in der Region. Im Jahr 1994 unterzeichneten Armenien, Aserbaidschan und die nicht anerkannte Republik Bergkarabach einen Waffenstillstand. Die Kämpfe an der Kontaktlinie flammten im September 2020 wieder auf und dauerten bis zum 10. November, als Aserbaidschan, Armenien und Russland eine gemeinsame Waffenstillstandserklärung verabschiedeten.

Der Pressedienst des Kremls stellte zudem fest, dass Putin und Paschinjan im Rahmen des Telefonats auch eine Reihe von Fragen erörtert haben, die eine Wiederherstellung der Wirtschafts-, Transport- und Logistikbeziehungen im Südkaukasus betreffen. Man habe sich darauf geeinigt, weiterhin Kontakte auf verschiedenen Ebenen zu pflegen, hieß es.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609e423448fbef2c684ca311.jpg>

denis-pushilin.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten im Rahmen der Reaktion auf Krisensituationen und mögliche äußere Gefahren

Das offizielle Kiew demonstriert weiter eine Instabilität des politischen Kurses und ein entsprechendes Chaos beim Treffen von Entscheidungen. Die Erklärungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine über die Unterstützung einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass widersprechen den realen Handlungen der ukrainischen Kämpfer an der Kontaktlinie.

Wir stellen zunehmende Verletzungen des geltenden Waffenstillstands zu die ukrainischen bewaffneten Formationen fest, die von provokativen Falschmeldungen begleitet sind. Besondere Unruhe rufen Beschüsse von Objekten der zivilen Infrastruktur hervor. Diese Sachverhalte zeugen nicht nur vom Unwillen des Kommandos der bewaffneten Formationen der Ukraine, den Waffenstillstand einzuhalten, sondern demonstrieren einen besonderen ukrainischen Zynismus und vorsätzliche Versuche, lebenswichtige Objekte der Donezker Volksrepublik funktionsunfähig zu machen.

Unter Einsatz terroristischer Methoden des Kriegs, auf hinterhältigen Provokationen und Diversionen operieren haben die ukrainischen Kämpfer klar das Ziel, die Lage zu destabilisieren.

Wenn man die vorliegenden Tatsachen und Aufklärungsdaten berücksichtigt, halte ich es für zielführend vom 17. bis 22. Mai eine weitere Überprüfung der Effektivität der gemeinsamen

Aktivitäten des Zivilschutzministeriums, Innenministeriums, Staatssicherheitsministeriums, Gesundheitsministeriums und Verkehrsministeriums zur Lösung von Krisensituationen im Falle möglicher äußerer Gefahren von Seiten der Ukraine durchzuführen.

Eine systematische Kontrolle der Bereitschaft der staatlichen Strukturen zur Liquidierung von Folgen von Krisensituationen, ihres Niveaus von Zusammenarbeit und operativem Reagieren ist ein Unterpfand für die Sicherheit unserer Bürger und einer festen Verteidigung der Republik.

deu.belta.by: **Allbelarussische Volksversammlung könnte Verfassungsstatus erhalten**

In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses in Minsk wurden einige Verfassungsänderungen besprochen, die in Form von Vorschlägen vorliegen. Einer der Vorschläge bezieht sich auf die Allbelarussische Volksversammlung. Dieses Organ soll nach Meinung der Antragssteller einen Verfassungsstatus erhalten, wie der stellvertretende Vorsitzende der Repräsentantenkammer und Mitglied des Verfassungsausschusses Waleri Mizkewitsch vor Journalisten sagte.

„Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der Allbelarussischen Volksversammlung, aufgrund der ihr zustehenden Entscheidungshoheit und als Fortsetzung der stattgefundenen Dialogplattformen wird vorgeschlagen, dass diese Form der Volksmacht einen Verfassungsstatus erhält. Dies könnte ein ständiges Gremium mit seinem Präsidium und einem Sekretariat sein. Dabei werden die Delegierten für fünf Jahre gewählt“, sagte Mizkewitsch.

Nach seiner Meinung sollte die Kompetenz der Allbelarussischen Volksversammlung diskutiert werden. „Die Allbelarussische Volksversammlung hat die Aufgabe, die Ergebnisse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Staates zusammenzufassen und das neue 5-Jahres-Programm zu beschließen. Es wird vorgeschlagen, dass sie vielleicht die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik bestimmen und über konzeptionelle Fragen der Entwicklung des Staates und der Gesellschaft entscheiden sollte“, sagte das Mitglied des Verfassungsausschusses. „Außerdem sollten wir darüber diskutieren, ob dieses Organ das Recht haben kann, sich an den Präsidenten mit verschiedenen Anliegen zu wenden, etwa die Durchführung von Volksabstimmungen, Vorschläge zum Rücktritt der Regierung. Dem Parlament könnte die Allbelarussische Volksversammlung ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung aussprechen. Die Einberufung der Volksversammlung erfolgt auf Antrag des Präsidenten, des Parlaments oder der 150.000 Bürger“.

Der Verfassungsausschuss ist heute zur vierten Sitzung in Minsk zusammengekommen. Beraten wurden die Änderungen der geltenden Verfassung. Die erste Ausschusssitzung fand am 31. März statt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1620989018_57267_big.jpg

Lug-info.com: Vom 17. bis 22. Mai wird ein weiteres Mal in Zusammenarbeit mit den Ministerien und Behörden der DVR ein Maßnahmenkomplex zur Reaktion auf mögliche Gefahren technogenen oder natürlichen Charakters, Aktivitäten von Diversionsgruppen und Beschüssen von Seiten der BFU bearbeitet, teilte das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik mit.

de.rt.com: Ukraine: Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk unter Hausarrest gestellt

Der ukrainische Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk wurde von einem Gericht unter Hausarrest gestellt. Er und sein Mitstreiter Taras Kosak werden des Landesverrats verdächtigt. Die beiden plädieren für eine Politik der Annäherung gegenüber Russland.

Am Donnerstag hat in Kiew eine Gerichtsverhandlung im Ermittlungsverfahren gegen den Oppositionspolitiker und Abgeordneten der Werchowna Rada Wiktor Medwedtschuk stattgefunden. Das Gericht beschloss, den Politiker bis 9. Juli unter elektronisch überwachten Hausarrest zu stellen. Medwedtschuk soll seine ausländischen Pässe abgeben und darf mit Zeugen in dem Fall nicht kommunizieren. Auf Anfrage muss er bei Gericht oder den Ermittlern erscheinen.

Gegen Medwedtschuk und Taras Kosak, seinen Mitstreiter in der Partei Oppositionsplattform - Für das Leben, wird wegen des Verdachts auf Landesverrat ermittelt. Der Oppositionsführer weist die Vorwürfe entschieden zurück und bezeichnet die Anschuldigungen als politische Verfolgung. Nach einem Besuch im Büro der Generalstaatsanwältin am Donnerstagmorgen betonte der Politiker gegenüber Journalisten, es handele sich um Machtmissbrauch. Kosak fehlte bei der Gerichtsverhandlung am Donnerstag. Medwedtschuk zufolge wird er derzeit in Weißrussland medizinisch behandelt und ist über die Anschuldigungen ebenfalls empört.

Beide Politiker plädieren für eine Annäherung an Russland. Sie setzen sich für Föderalismus und eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine durch die Schaffung einer autonomen Region Donbass mit eigenem Parlament und eigener Regierung ein. Medwedtschuk gilt als der einflussreichste ukrainische Oppositionspolitiker und war unter anderem ein Gesandter der Ukraine bei den Minsker Vermittlungsgesprächen. Kosak gehören die ukrainischen Fernsehsender 112 Ukraina, NewsOne und ZIK, die vor einigen Monaten von den ukrainischen Behörden abgeschaltet wurden.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij befürwortete den Hausarrest des Oppositionsführers. In einer Kolumne für die Online-Zeitschrift Fokus schrieb er: "Durch Rechtsinstrumente wurde Medwedtschuk die Möglichkeit genommen, Medien und Staatseigentum zu nutzen, um sich mit dem Land offen auseinanderzusetzen und der Staatssicherheit verheerenden Schaden zuzufügen."

Der Kreml warnt die Ukraine davor, eine politische Kampagne durchzuführen, "die darauf abzielt, politische Konkurrenten loszuwerden". Moskau hat jedoch nicht vor, sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einzumischen.

Im Jahr 2019 hatten die ukrainischen Behörden bereits gegen Medwedtschuk wegen des Verdachts auf Hochverrat ermittelt. Schließlich wurde das Verfahren jedoch mangels Straftatbestand eingestellt.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.05/article/609e52c0b480cc652902da6c.jpg>

Ombudsmandnr.ru: Mitteilungen des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa

Vom 1. bis 14. Mai 2021 wurden 9 Soldaten der DVR verletzt. Seit Beginn des Jahres wurden in der DVR infolge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine 29 Menschen unterschiedlich schwer verletzt – 23 Soldaten der Republik und 6 Zivilisten.

Vom 1. bis 14. Mai starben infolge der ukrainischen Aggression sieben Soldaten der DVR. Außerdem wurde durch Beschuss auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks von Seiten der BFU ein Zivilist, geb. 1939, getötet.

Vom 1. Januar bis 14. Mai 2021 starben in der DVR infolge der militärischen Aggression der Ukraine vier Zivilisten und 29 Soldaten der Republik....

snanews.de: Kurz vor Sitzungsbeginn – Nato-PV berät über Stärkung der Allianz, Spannungen mit Russland im Fokus

Die Parlamentarier der Nato-Mitgliedsstaaten sollen am Freitagabend eine Plenarsitzung eröffnen, in der zwei Themen – die Festigung der Allianz vor dem Hintergrund von Spannungen mit Russland sowie die Stärkung Chinas – erörtert werden sollen.

Es wird erwartet, dass am Freitag eine festliche Eröffnung der Frühjahrstagung stattfindet, auf die zweitägige Beratungen in Fachausschüssen folgen werden. Die wichtigsten öffentlichen Zusammenkünfte, darunter auch eine gemeinsame Sitzung der parlamentarischen Versammlung, finden am Montag, dem 17. Mai, statt. Es wird erwartet, dass der stellvertretende Nato-Generalsekretär Mircea Geoață vor der Versammlung sprechen wird.

„Während die Nato sich auf einen Gipfel vorbereitet, der eine neue Ära in den transatlantischen Beziehungen markieren soll, treffen die Parlamentarier der verbündeten Länder der Allianz und der Partnerländer in einer Frühjahrssitzung der parlamentarischen Versammlung zusammen“, heißt es im Programm der Plenarsitzung. Das Programm „bietet die Möglichkeit, darüber zu beraten, wie die Nato und ihre demokratischen Grundfesten im Kontext der zunehmenden Spannungen in den Beziehungen zu Russland und der Streitigkeiten mit China sowie des Truppenabzuges aus Afghanistan gefestigt werden sollen“, heißt es.

Die Sitzungen der Versammlung werden in Form von Videokonferenzen stattfinden. Die Teilnehmer sollen 15 Vortragsentwürfe zu allen Fragen der Sicherheit der Verbündeten erörtern, „einschließlich der Herausforderungen, die Russland und die militärische Modernisierung Chinas schaffen“.

„Die Parlamentarier werden auch Meinungen darüber austauschen, wie sie den aggressiven Handlungen Russlands am besten widerstehen können, besonders im Schwarzmeerraum und

im Luftraum der Baltischen Länder und Norwegens“, heißt es. Russland verweist in den letzten Jahren indes auf beispiellose Nato-Aktivitäten an seinen westlichen Grenzen. Die Nato weitet ihre Initiativen aus und bezeichnet dies als „Eindämmung der russischen Aggression“. Moskau hat wiederholt Besorgnis über die Aufstockung der Kräfte der Allianz in Europa geäußert. Der Pressesekretär des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte bereits früher erklärt, dass Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle, aber die Handlungen, die für seine Interessen potenziell gefährlich seien, nicht ohne Aufmerksamkeit lassen werde.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1280x0_80_0_0_804911a8e43cb963602faf0c8bb291c4.jpg

snnews.de: **Nach Explosion im Munitionslager Vrbětice: Waffen in großem Umfang verschwunden – Medien**

Nach den Explosionen in den Munitionslagern in der tschechischen Ortschaft Vrbětice 2014 hat die als Mieter der Räume bekannte Firma Imex-Gruppe festgestellt, dass eine große Anzahl von Waffen verschwunden sei. Dies meldet das Portal iDNES am Freitag.

Damals seien unter anderem 1000 Panzerabwehr-Raketenwerfer RPG-7, 800 Maschinenpistolen, 500 Maschinengewehre, 100 Pistolen und viele zugehörige Ausrüstungsgegenstände wie Maschinengewehrbajonette verschwunden, hieß es. Nach Angaben der Imex-Gruppe könnte all das in die Hände von Waffenhändlern auf dem Schwarzmarkt gelangt sein.

Das Unternehmen habe nun eine Strafanzeige wegen des Verdachts eingereicht, dass die besagten Waffen entweder von Dieben oder von Polizisten gestohlen worden seien. Es könne nicht glauben, dass sie in die Luft haben gesprengt werden können, so dass nichts übrig geblieben sei.

Die Untersuchung des Vorfalls gehe weiter, und jetzt würden die Ermittler prüfen, ob jemand den Organisatoren der Explosionen geholfen habe, in die Lagerhäuser zu gelangen. In diesem Zusammenhang sei der Eigentümer der Imex-Gruppe, Petr Bernatik, im Februar 48 Stunden lang festgehalten worden. In seinem Haus und auch in der Firma seien Durchsuchungen durchgeführt worden.

Die Imex-Gruppe habe den Schaden auf 100 Millionen Kronen (knapp zehn Millionen Euro) geschätzt. Dabei plane sie, 75 Millionen Kronen (mehr als sieben Millionen Euro) bei den tschechischen Behörden einzufordern.

Alle nach den Explosionen gesammelten Waffen würden sich in drei versiegelten Versandbehältern in einem Polizeilager in der Stadt Znojmo im Südosten des Landes befinden, berichtete das Portal. Informationen über deren Inhalt würden nicht veröffentlicht.

Dabei sei bekannt, dass es den Dieben in den Jahren 2016 und 2017 gelungen sei, sechsmal durch Löcher im Zaun in die Räumlichkeiten einzudringen, in denen sich diese Waffen zu jenem Zeitpunkt unter polizeilicher Kontrolle befunden hätten. Zwei von ihnen seien später wegen Diebstahls und Waffenverkaufs zu jeweils 34 und 36 Monaten Haft verurteilt worden. Tschechien hatte russischen Geheimdiensten Mitte April vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbětice im Jahr 2014 zu stecken. In diesem Zusammenhang verwies Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes. Moskau wies den Vorwurf zurück und erklärte als Reaktion 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft für unerwünscht.

Die Slowakei, Estland, Litauen und Lettland solidarisierten sich mit Tschechien und wiesen ebenfalls russische Diplomaten aus. Auch Polen, Bulgarien und Rumänien verkündeten eine Ausweisung.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/16/256026_0:107:1920:1187_1280x0_80_0_0_167a26746d91dd88a897a7fb3719eaf4.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 8. bis 14. Mai 2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 72. Brigade von den Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje aus unter Einsatz von Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen **Wasiljewka** beschossen und drei Granaten abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Martschenko aus Richtung Marjinka vier Schüsse mit einem Abwehrgeschütz auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** abgegeben.

Nach Informationen des Zivilschutzministeriums der Republik wurde bei der Untersuchung des Beschussgebietes festgestellt, dass ein Geschoss auf eine Gartenparzelle in der Rationalisatoren-Straße 5 gefallen war und die drei folgenden Häuser beschädigt worden waren:

Ingulezkaja-Straße 7/1 (Dach);

Ingulezkaja-Straße 10/1 (Dach der Sommerküche);

Polbin-Straße 11/1 (Dach).

Außerdem haben Strafruppen aus dem 15. Bataillon der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Wesjoloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

Der Versuch der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung

von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Die Materialien zu dem Beschuss werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 28. Brigade der BFU Martschenko hinzuzufügen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafsoldaten eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade vom Gebiet von Wodjanoje aus drei Schüsse mit Antipanzergrenatwerfern auf **Dsershinskoje** abgegeben.

Außerdem haben wir eine Detonation auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Starognatowka festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 58. Brigade um 05:55 Uhr von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus zehn Schüsse mit einem Abwehrgeschütz auf **Spartak** abgegeben.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

In der letzten Woche wurden insgesamt 21 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat das Feuer auf Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Panzer- und Schützenpanzerwaffen, Antipanzerraketenkomplexen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **12 Ortschaften der Republik:** die Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka, die Siedlung des Tscheljukinzew- und des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk, Spartak, Losowoje, Jakowlewka, Krasnyj Partisan, Grigorowka, Nowaja Marjewka, Shabunki, Nowolaspa und Syla. Wir haben die **Ankunft eines SIL-Lastwagens mit Symbolen des GZKK auf den Positionen in der ukrainischen Streitkräfte** in den Gebieten von Troizkoje, Wodjanoje und Marjinka gerade im Vorfeld des Beschusses des Territoriums der DVR festgestellt.

Infolge eines Geschosstreffers auf eine Gartenparzelle in der Rationalisatoren-Straße 5 in der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk wurden drei Häuser beschädigt.

Infolge des Beschusses der Siedlung des Tscheljukinzew-Bergwerks in Donezk wurden zwei Häuser beschädigt, und es wurde ein Geschosstreffer auf das Gelände des Kindergarten Nr. 345 festgestellt.

Beim Beschuss der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk **starb ein 82 Jahre alter Zivilist**, es wurden acht Häuser beschädigt.

Bei der Ausübung seiner Pflicht **starb ein Verteidiger unserer Republik und zwei wurden verletzt.**

In der letzten Woche hat der Gegner **zweimal Drohnen eingesetzt:** im Gebiet von Jasinowataja, um ein BOG-17-Geschoss abzuwerfen. In allen Fällen wurden die Drohnen des Gegners rechtzeitig von Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz entdeckt und unschädlich gemacht.

Die ukrainische Seite entzieht sich nach wie vor der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts und ignoriert alle Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung eines Regimes der Ruhe einzusetzen. Durch Falschmeldungen über Beschießungen versuchen die Vertreter der ukrainischen Seite im GZKK, die Ukraine gegenüber der Weltgemeinschaft als „Opfer des Konflikts“ darzustellen, das Hilfe und Schutz braucht.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die BFU 80 Stück **Waffen und**

Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert, was auch durch Berichte der OSZE-Mission bestätigt wird.

Aus dem Bestand der 59. Panzergrenadierbrigade:

zwei Schützenpanzer und drei Schützenpanzerwagen in der Stepnaja-Straße in Mironowskij;
vier Schützenpanzer auf dem Friedensprospekt in Swetlodarsk.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

drei T-72-Panzer und neun T-64-Panzer auf dem Gebiet eines Objekts in einem Wohngebiet von Konstantinowka;

ein Schützenpanzerwagen in der Kaspijskaja-Straße in Artjomowo;

24 Panzer auf dem Gebiet eines Objekts in Wosdwishenka;

zwei Schützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Suchaja Balka;

ein Abwehrgeschütz „Osa“ in der Nähe von Wohnhäusern in Oserjanowka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka;

ein Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nowoselowka;

zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Kamenka;

ein Schützenpanzerwagen in der Gagarin-Straße neben einer Schule in Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Iwan-fRanko-Straße in Marjinka;

ein T-72B-Panzer auf dem Gebiet eines Objektes in der Nähe eines Wohngebiets in Jelisawetowka;

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Bogojawlenka;

zwei Schützenpanzer und ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Taramtschuk;

ein Schützenpanzer in der Kirow-Straße in Beresowoje.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowoignatowka;

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Wohnhauses in Taramtschuk;

ein Schützenpanzer in der Woropajew-Straße in Granitnoje;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug im Gebiet von Starognatowka;

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“, zwei Schützenpanzerwagen und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Nowotorizkoje.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Mariuopl;

vier Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Lomakino;

ein Panzertransporter in Gnutowo;

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ und ein Abwehrgeschütz „Schilka“ in Lebedinskoje.

Wir rufen die Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren sie über alle solchen Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).

Nur die öffentliche Bekanntmachung von Verbrechen der Kämpfer der Ukraine wird es erlauben, das eigene Leben und das von Verwandten und Freunden zu schützen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine behindern weiter das Monitoring der internationalen Beobachter und blockieren zielgerichtet Flüge von Drohnen der OSZE-Mission.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 72., 28. und 93. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ mobiler Gruppen des 20 und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt. In der letzten Woche wurden 28 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der Beobachter

der OSZE in den Gebieten von 22 Ortschaften festgestellt: Stepanowka, Konstantinowka, Oserjanowka, Pischtschewik, Artjomowo, Bogdanowka, Kurdjnowka, Majorsk, Predtetschino, Troizkoje, Lugankoje, Sajzewo, Slawjanka, Memrik, Gnutowo, Lomakino, Orlowskoje, Tschernenko, Awdejewka, Alexandro-Kalinowo, Nowoignatowka, Starognatowka.

Darüber hinaus haben Kämpfer zur Blockade der Funktion von Drohnen der Mission zweimal versucht, sie mit Schusswaffen abzuschießen. Von den Positionen der 128.

Gebirgssturmgruppe wurde das Feuer auf ein Fluggerät der Beobachter im Gebiet von Lebedinskoje eröffnet, außerdem in der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Bogdanowka. Es muss angemerkt werden, dass die von den Beobachtern der OSZE erhaltene Information über Flugrouten und -zeiten der Drohnen von den Kämpfern zur Bekämpfung der Flüge von Drohnen der OSZE genutzt werden.

Der Gegner verstärkt weiter die Minensperren.

In der letzten Woche haben wir die Installation von Antipersonenminen auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium in den Gebieten von Nowoselowka Wtoraja, Schirokino, Marjinka, Granitnoje, Taramtschuk und Awdejewka festgestellt.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade der BFU haben Pioniere des Gegners 280 TM-62-Minen auf dem Gebiet von Äckern und in unmittelbarer Nähe von allgemeinen Straßen in Lugankoje installiert. Im Verantwortungsbereich der 128. Brigade wurden auf Äckern im Gebiet von Pischtschewik und am südöstlichen Rand von Wodjanoje 168 TM-62-Minen installiert.

Die größte Aktivität bei der ungeordneten Verminung haben Kämpfer aus der 59. Panzergrenadierbrigade und der 128. Gebirgssturmgruppe gezeigt.

Wie wir bereits mitteilten, erhielten der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Bryshinskij und der Leiter des technischen Dienstes Major Wyschenowskij aufgrund fehlender Kontrolle über die Untergebenen bei der Übernahme der Positionen disziplinarische Verweise vom Kommandeur der OOS Krawtschenko – einen „strengen Verweis“ bzw. einen „Verweis“.

Trotz der ergriffenen Maßnahmen hat sich die Situation in dem Verband nur verschlechtert. Am 11. Mai wurden der Feldwebel Topalo und der Soldat Ossinyj verletzt, als ein Lastwagen auf eine Minensperre auf den Positionen der 93. mechanisierten Brigade in Starognatowka geriet.

Am 12. Mai starben drei Kämpfer auf den Positionen des 2. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Granitnoje, als ein GAS-66-Fahrzeug auf eine Sprengvorrichtung geriet, fünf Kämpfer wurden verletzt.

Im Zeitraum vom 1. bis 7. Mai betragen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ insgesamt elf Soldaten, davon vier Tote.

Wir erhalten weitere Informationen über Vorfälle in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine.

In der 128. Gebirgssturmgruppe gab es während der Bewegung zwischen den Positionen in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai ein Verbrechen, bei dem ein Soldat verletzt wurde. Nach uns vorliegenden Informationen wurde im Zusammenhang mit der Unkenntnis der Parole für eine ungehinderte Bewegung im Bereich zwischen den Positionen ein Soldat durch einen Schuss mit einer Maschinenpistole schwer verletzt, bei der Evakuierung starb er, sein Name wird geheim gehalten, zu dem Fall wird ermittelt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte ist ernsthaft über die **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste** infolge des Geratens auf Sprengvorrichtungen besorgt.

Auf Befehl des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak ist der Leiter der technischen Truppen der ukrainischen Streitkräfte des Kommandos der Unterstützungskräfte Oberst Jakowez in der OOS-Zone eingetroffen, um eine Ermittlung zu

der Zunahme der Fälle, dass Soldaten auf eigene nicht bezeichnete Minenfelder geraten, durchzuführen. Seine Arbeit ist in der 10., 72., 28. und 128. Brigade vom 15. bis 20. Mai geplant.

Außerdem hängt nach einem Bericht der militärmedizinischen Hauptabteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine die größte Zahl der Todesfälle unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mit dem geringen Ausbildungsniveau des Personals in Bezug auf die Leistung von erster Hilfe zusammen. In allen Fällen, in denen Soldaten auf Minen gerieten, hätten sie gerettet werden können, falls sie rechtzeitig ärztliche Hilfe erhalten hätten. Im Zusammenhang damit erteilte der oberste Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak die Anweisungen, in allen Einheiten, die Kampfaufgaben in der OOS-Zone ausführen, Übungen zur Leistung von Erster Hilfe durchzuführen.

In den Anweisungen an die Truppen ist festgelegt, dass die Übungen durch die medizinischen Brigaden durchgeführt werden müssen, ohne zu berücksichtigen, dass das Ausbildungsniveau der Ärzte selbst zu wünschen übrig lässt.

Nach Informationen aus dem Stab der OOS wurde uns bekannt, dass **Ermittlungen gegen den Kommandeur der 128. Gebirgstruppenbrigade Gontscharuk in Bezug auf vorsätzliche Beschädigung von Videokameras** im Frontbereich durchgeführt werden. Es ist festzustellen, dass die Kameras beschädigt worden waren, um zu verhindern, dass Beschießungen auf das Territorium der Donezker Volksrepublik aufgezeichnet werden, weil diese täglich vom GZKK eingezogen werden. So löste der Brigadekommandeur Gontscharuk das Problem mit der Verantwortlichkeit für den Beschuss.

Außerdem verfügen wir über Informationen über die **Ankunft einer Diversionsgruppe** von fünf Kämpfern aus dem 3. Zentrum für Spezialoperationskräfte des Verteidigungsministeriums der Ukraine nach einem Ausbildungskurs auf dem Jaworowskij-Übungsplatz unter Leitung des Kommandeurs der Gruppe SFOD-A 9515 von Spezialeinheiten der US-Armee Hauptmann Andrew B. Busser, die dem Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zur Verfügung steht.

Nach Angaben unserer Quelle haben die Diversanten vom Kommandeur der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte Galagan persönlich die **Auftrag erhalten, einen Terrorakt an einem kritisch wichtigen Objekt der Lebenserhaltung der Donezker Volksrepublik durchzuführen**. Das Kommando der OOS fasst derzeit verschiedene Objekte ins Auge, darunter die Donezker und die Werchnekalmiusskaja-Filterstation und die Jenakiewoer Kokerei.

Hauptziel der Diversion ist die Schaffung von Voraussetzungen für eine humanitäre Katastrophe, um im Weiteren die Führung der Donezker Volksrepublik dessen zu beschuldigen. Wir empfehlen der militärisch-politischen Führung der Ukraine und insbesondere Galagan nachdrücklich, von ihren verbrecherischen Plänen Abstand zu nehmen, weil sie uns bis zu den kleinsten Einzelheiten bekannt sind und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Um dem Überzeugung zu verleihen, veröffentlichen wir die Zusammensetzung der Diversionsgruppe, zu der gehören: der Kommandeur der Gruppe Oberstleutnant Alexandr Bondarenko, geb. 29.06.1984, zwei Offiziere, Major Wadim Tschynschow, geb. 26.03.1990, Leutnant Maxim Schewtschenko, geb. 05.12.1984, und der Oberfeldwebel Sergej Gnatokowskij, geb. 09.02.1990, Feldwebel Andrej Ischtschenko, geb. 11.12.1991. Als zeitweiliger Stationierungspunkt der Diversanten wird ein privates Wohnhaus im Dorf Iwanowka im Wolnowacha-Bezirk der Oblast Donezk genutzt. Die persönlichen Daten der Kriegsverbrecher, unter anderem Fotos der Pässe, die von unserer Aufklärung abgefangen wurden, sind auf dem beigefügten Foto zu sehen.

Entsprechend dem Befehl des Leiters der Volksmiliz der DVR halten die Soldaten der Volksmiliz streng die Anforderungen der Maßnahmen zur Verstärkung des geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung ein.

In der letzten Woche fanden unter Beteiligung der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik die

Gedenkveranstaltungen zum Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg statt, bei denen die Soldaten das Andenken der Millionen Bürger, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus gaben, ehrten.

Um einer Verbreitung der Coronavirusinfektion in den Sanitätseinheiten der Volksmiliz der DVR entgegenzuwirken, geht die freiwillige Impfung der Familien von Soldaten weiter. Die Sorge um die Gesundheit der Familienmitglieder unserer Verteidiger ist eine unserer vorrangigen Aufgaben.

snanews.de: „**Mit derselben Entschlossenheit“: Erdogan fordert Unterstützung für Palästinenser**

Die Welt soll die Augen vor der „Aggression Israels“ in den palästinensischen Gebieten nicht verschließen, fordert der türkische Präsident Erdogan. Die Türkei selbst sei zur Tat bereit, „mit derselben Entschlossenheit“ wie einst an der Grenze zu Syrien.

Der türkische Präsident Erdogan hat die Lage im Gazastreifen nach eigenem Bekunden mit den Staats- und Regierungschefs von 19 Ländern besprochen. Es sei eine Ehrenpflicht der Menschheit, Israel aufzuhalten, sagte er in einer Fernsehansprache anlässlich des muslimischen Festes des Fastenbrechens.

„Wir sind voller Zorn wegen der Knechtschaft des Terrorstaates Israel“, so der türkische Präsident. „Israel hat alle Grenzen überschritten. So wie wir den Kampf Aserbaidschans für die Befreiung seiner Gebiete von der Besatzung entschlossen unterstützten, so schreiten wir mit demselben Gefühl heute zur Tat gegen die Knechtung in den palästinensischen Siedlungen und in Jerusalem. Mit derselben Entschlossenheit, mit der wir unsere syrische Grenze verteidigten.“

Die Weltgemeinschaft sei zum Handeln aufgefordert: „Die UNO zu beteiligen, ist eine unverzichtbare Bedingung. Das, was getan werden muss, muss unverzüglich geschehen, sonst sind schreckliche Folgen nicht zu vermeiden“, sagte Erdogan.

Selbst wenn die ganze Welt die Augen vor der Aggression Israels verschließe, „wird die Türkei sich damit nicht abfinden“, erklärte der türkische Präsident. „Wer angesichts des Blutvergießens und der Verachtung vonseiten Israels weiterhin schweigt oder das Geschehen offen verteidigt, soll wissen, dass auch er eines Tages an der Reihe ist.“

Seit Tagen eskaliert die Lage an der israelisch-palästinensischen Grenze. Israelische Ortschaften werden fast unentwegt vom Gazastreifen aus mit Raketen beschossen. Nach israelischen Angaben sind bereits sechs Zivilisten und ein Militärangehöriger in dem Raketenbeschuss getötet worden.

Insgesamt sind seit 10. Mai nach Darstellung der israelischen Armee circa 1750 Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert worden. Israel hat im Gegenzug mehrere Ziele im Gazastreifen angegriffen, darunter Objekte der palästinensischen Gruppen Hamas sowie Islamischer Dschihad. Mehrere Kämpfer und ranghohe Offiziere der Palästinenser sind nach israelischen Angaben getötet worden. Die palästinensische Gesundheitsbehörde sprach von 109 Toten infolge der israelischen Angriffe.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/0e/2096849_0:137:3155:1912_1280x0_80_0_0_563f5412aa0403879f72449a5391359f.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über die Lage an der Kontaktlinie vom 8. bis 14. Mai 2021.

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die BFU 14-mal das Regime der Feueereinstellung in Richtung Debalzewo, Popasnaja, Slawjanoserbsk verletzt, wobei acht Ortschaften beschossen wurden. ...

Infolge von Scharfschützenbeschuss auf Smeloje wurde **ein Soldat der Volksmiliz verletzt**. Sein Zustand ist derzeit stabil. ...

In der letzten Woche wurde die Stationierung von 19 Stück **Militärtechnik in Wohngebieten** von neun Ortschaften auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien festgestellt ...

Die Entdeckung dieser Waffen durch die OSZE-Mission wird weiter unter Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung behindert ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche sieben Mann, davon drei Tote. ...

Die BFU setzen nach Informationen unserer Aufklärung weiter Lastwagen mit Symbolen des GZKK zum Transport von Diversiongruppen und Munition ein. ...

Um die epidemiologische Lage in der LVR zu stabilisieren, hat in den Sanitätseinheiten der Volksmiliz die freiwillige Impfung von Verwandten von Soldaten stattgefunden. Bisher haben mehr als 500 Personen den Wunsch geäußert, sich impfen zu lassen. ...

de.rt.com: Maria Sacharowa: "Russland ist vom deutschen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates enttäuscht"

Berlin hat sich während seines Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates nicht als Anführer einer gesamteuropäischen Organisation, sondern wie ein Flaggschiff antirussischer Kräfte verhalten, so die Sprecherin des russischen Außenamtes Maria Sacharowa am Donnerstag.

Russland sei vom Vorsitz Deutschlands im Ministerkomitee des Europarates enttäuscht. Die Position der Bundesrepublik sei für Attacken gegen Russland missbraucht worden, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei einer Pressekonferenz am Donnerstag.

"In den ganzen sechs Monaten hat sich Berlin nicht wie der Leiter einer gesamteuropäischen Organisation verhalten, sondern wie ein Flaggschiff antirussischer Kräfte und stellte

Blockinteressen über das satzungsgemäße Ziel des Europarates, die Stärkung der Einheit zwischen seinen Mitgliedern."

Es werde viel Mühe kosten, die Folgen des deutschen Vorgehens im Ministerkomitee zu beseitigen, zitiert die russische Zeitung Iswestija die Sprecherin weiter. Die unter deutschem Vorsitz am 11. Mai dieses Jahres verabschiedete Entscheidung im Ministerkomitee des Europarates zur Menschenrechtslage auf der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim unterzog die Diplomatin besonders vehementer Kritik.

Wie Sacharowa klarstellte, hat die BRD "ihre Mehrheit im Europarat missbraucht, um den ukrainischen Entwurf der Ministerkomitee-Entscheidung über die Menschenrechtslage auf der Krim zu verabschieden". Ihrer Ansicht nach machten die EU-Staaten damit einen weiteren "Schritt in Richtung Eskalation in den Beziehungen zu Russland. Entgegen den Zusicherungen des Hohen Vertreters Josep Borrell vom Vortag". Dieser hatte erklärt, keine Konfrontationen mit Russland zu wollen. Die Sprecherin betonte:

"All diese Schablonen über eine angebliche Besatzung, über angebliche Diskriminierung von Krimtataren und Ukrainern – all das ist bekannt und wird von unseren Partnern regelmäßig durchgearbeitet. Doch hat es nicht den geringsten Bezug zum realen Stand der Dinge auf der russischen Krim."

Eine Erklärung von Bundesaußenminister Heiko Maas, die auf der Internetpräsenz des Europarates veröffentlicht wurde und in dieselbe Richtung ging wie die aktuelle Entscheidung des Ministerkomitees, hatte Maria Sacharowa bereits Anfang März ähnlich scharf kritisiert. Deutschland führte den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates von November vergangenen bis Mai dieses Jahres. Der Europarat mit Sitz in Straßburg und seine 47 Mitgliedsstaaten beschäftigen sich mit aktuellen Themen und relevanten gesellschaftlichen Herausforderungen. Der Rat ist kein Organ der Europäischen Union.

Nach einem Referendum im Jahr 2014 wurde die Krim mit Russland wiedervereinigt. Für den Beitritt stimmten 96,77 Prozent der Wähler der Region und 95,6 Prozent der Wähler von Sewastopol. Das Verfahren wurde in Übereinstimmung mit internationalem Recht durchgeführt. Kiew beansprucht die Halbinsel jedoch weiterhin als sein Territorium. Moskau hat wiederholt erklärt, dass die Zugehörigkeit der Krim abschließend geklärt ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609e4a4eb480cc5a9447ad37.jpg>

abends:

wpered.su: KPRF: Das Haupthindernis auf dem Weg zur Beendigung des Krieges im Donbass ist das für die Ukraine schändliche Bandera-Regime

Beim 18. Parteitag der KPRF wurde ein Aufruf „An das Volk der Ukraine!“ verabschiedet. In

diesem wird neben anderem die Position der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in Bezug auf den Konflikt im Donbass zum Ausdruck gebracht, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Heute stehen unsere Völker wieder einmal vor einer gemeinsamen Bedrohung. Nachdem Russland zu einem Land des oligarchischen peripheren Kapitalismus gemacht wurde, träumt man in Washington nun davon, es zu schwächen, zu zerstören, zu kolonisieren. Und die Ukraine wurde bereits in eine Halbkolonie verwandelt. Westliche Regierungen, Konzerne und Spezialdienste fühlen sich hier wohl. Das Land verliert die Überreste seiner Industrie. Es ist durch Knebelvereinbarungen mit dem IWF und anderen „ökonomischen Mördern“ eingeschnürt.

Dieses schändliche Schicksal hat im Donbass die Form von Brudermord angenommen. Wo unser sowjetisches Volk heldenhafte Schlachten gegen die Nazihorden schlug, wurde Blut vergossen. Tausende von Menschen wurden fremdem Profit und Bosheit geopfert. Jedes zerstörte Haus und jedes tote Kind wurde zur Freude der Urheber des schrecklichen Kampfes in Dollar und Euro umgewandelt.

Vor zwei Jahren glaubten viele an Selenskis Botschaften, Frieden zu bringen. Aber die weitere Marionette in den Händen des Westens und der örtlichen Nationalisten ist nicht in der Lage, sie herauszufordern. Die rasende Russophobie in der Ukraine geht weiter.

Russischsprachige Schulen und Fernsehsender werden geschlossen. Diejenigen, die für die Freundschaft zwischen unseren Völkern eintreten, werden verfolgt. Der Versuch, die Kommunistische Partei der Ukraine zu verbieten, macht das Regime in Kiew den faschistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts ähnlich.

Hinter der neuen Eskalation im Donbass ist die gleiche Maske der westlichen Puppenspieler zu sehen. Sie sind verängstigt und nervös. Bei den Wahlen im Oktober 2020 erlitten die rechtsextremen Nationalisten eine Niederlage. Unter schwierigsten Bedingungen erzielten die Parteien, die entschlossen sind, mit Russland zusammenzuarbeiten, einen Erfolg. Über dem Projekt eines „AntiRussland“ hängt eine weitere Bedrohung.

Die neue Verschärfung im Donbass wird nicht zufällig von weiteren antirussischen Sanktionen und Drohungen aus Washington begleitet. Diese „Peitsche“ wechselt „Zuckerbrot“ - Moskau wird „Vergebung“ versprochen, wenn es Zugeständnisse macht wird. All dies sind Steine eines Mosaiks, Details eines Plans. Der Westen will die Ukraine gegen Russland benutzen, und uns zusammen - um China zu bekämpfen“, heißt es in dem Aufruf. Weiter ist die Rede davon, was die Beendigung der Kriegshandlungen im Donbass behindert. „Das Haupthindernis auf dem Weg zu eine Beendigung des Kriegs im Donbass ist das für die Ukraine schändliche Bandera-Regime und sein leitender CIA-Stab. Die „freundschaftliche“ Anwesenheit von NATO-Truppen in der Ukraine, die Aktivierung von Russophobie, die Beeinflussung der Gemüter im Bandera-Geist können nur Schmerz und Empörung hervorrufen. Unsere Väter und Großväter waren im großen Krieg in denselben Schützengräben, gemeinsam schrieben sie an den Reichstag und gemeinsam liebten sie den Film „Erfahrene Hasen des Geschwaders“ mit Leonid Bykow, der im Studio von Alexandr Dowshenko produziert wurde. Und all dies ist unsere gemeinsame und unteilbare Goldreserve.

Wir wenden uns an die Vertreter der Regierung der Ukraine: wenn Sie tatsächlich bereit sind, Ihrem Volk zu dienen, lassen Sie uns gemeinsam mit der Impfung befassen, nicht mit dem Kampf in Donbass. Lassen Sie uns das Leben und die Gesundheit unserer Brüder retten! Wir wenden uns an Sie, die ukrainischen Mütter. Dank des Lieds „Meine geliebte Mutter“ lieben wir Ihr Bild in Russland so sehr. Besticken Sie also Handtücher für Ihre Söhne und begleiten Sie diese auf einem glücklichen Weg und nicht in einen schrecklichen brudermörderischen Krieg! Wir slawischen Frauen, die nie Krieg gewollt haben, können unseren Regierung unser Wort sagen. Wir können uns an den Händen halten und gemeinsam an der Grenzlinie von Feuer und Hass stehen.

Wir wissen, dass das gesegnete Land des Donbass in der Lage ist, ein Feld der Volksbrüderschaft zu werden. Wir hoffen so sehr, dass die Liebe zu den Kindern und die Weisheit der Mütter und Väter der Ukraine helfen werden zu begreifen, dass er internationale Donbass nicht von Ihnen, sondern vom Faschismus weggeht. Er geht fort von Bandera-Hass und Russophobie. Von wildem Antisowjetismus. Er geht genau den Weg, auf den sowohl Russland als auch die Ukraine von ihren Vorfahren, ihrer Geschichte, ihren Erfahrungen und ihrem Gewissen gerufen werden“, meint die KPRF.